

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff- und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des auf weitere nur Sonntag, Wilsdruff u. Verlags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Interessenspreis 2M für die 6 halbjährige Kasse oder deren Name, Restsumme, die 2 halbjährige Kasse 2M. Bei Wiederholung und Jahreszahlung entsprechender Preisnachlass. Zeitungsannahme im amtlichen Zeit (nur von

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 261

Dienstag / Mittwoch 12. / 13. Dezember 1922.

Amtlicher Teil.

Falls in der hiesigen Einwohnerschaft infolge der wachsenden Schwierigkeiten des höheren Schulbundes in den Nachbarstädten das Bedürfnis nach verlängerter und erweiterter Volksschulbildung besteht, würde der Stadtrat nicht abgeneigt sein, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen durch Einrichtung eines 9. und 10. Schul-

jahres. Eltern, die daran Interesse haben, wollen dies dem Stadtrat bis zum 20. d. M. schriftlich mitteilen.

Wilsdruff, am 5. Dezember 1922.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In London wurde die Konferenz der Premierminister von England, Frankreich, Italien und Belgien eröffnet.
- * Präsident Harding hat in einer Botschaft an den Kongress erneut die Hilfsbereitschaft Amerikas für Europa betont.
- * Der Außenminister v. Rosenburg hielt im auswärtigen Ausschuss des Reichstages eine vertrauliche Rede über die politische Lage.
- * Die Festsetzung der neuen Preise für das Umlagegetreide wird voraussichtlich zu einer Verdoppelung des Brotpreises nach Neujahr führen.
- * Die Reichsregierung hat die beiden Noten über die Vorläufe in Bayern und über die Frage der Kontrollkommissionen in Paris überreichen lassen.

Lloyd Georges erster Streich.

„Hört, ihr Herren, und laßt euch sagen...“ — so ungefähr könnte die Überschrift des ersten Artikels lauten, den Lloyd George, der frühere Ministerpräsident, am Morgen des Tages, an dem in London die Konferenz der alliierten Premierminister zusammentritt, in englischen und anderen Zeitungen der Alten und der Neuen Welt veröffentlicht hat. Lloyd George hat offenbar die Absicht, auf diese Weise eine Art *Rede* und *Rechenschaftsbericht* über seine gesamte auswärtige Politik zu geben. Und wenn er sich dazu den Augenblick ausgesucht hat, in dem über die Kern- und Grundfrage der gesamten internationalen Lage wieder einmal entscheidende Beratungen beginnen, so muß er die Gefahren dieses Augenblickes hoch genug einschätzen, um ein so ungewöhnliches Vorgehen wie das seine für gerechtfertigt zu halten. Denn Lloyd George ist nicht weniger als ein toter Mann; er kann, wenn die Umstände es so wollen, schon morgen wieder in Amt und Würden stehen. Sein Feldzug gegen Frankreich, den er jetzt eben einleitet, wäre dann ein Vorkurs in seiner aktiven Politik, der nicht mehr zu streichen wäre.

Lloyd George flüchtet seine Warnung an Frankreich in eine Polemik gegen Clemenceau, der es auf seiner Rundreise durch die Vereinigten Staaten England zum Vorwurf gemacht hat, daß es den berühmten *Carantiervertrag* zugunsten Frankreichs nicht habe zustande kommen lassen. In Wahrheit ist dieser Vertrag, wie Herr Clemenceau von Lloyd George sehr nachdrücklich in Erinnerung gebracht wird, an dem Verhalten Frankreichs gescheitert. Gescheitert gerade in einem Augenblick, als die Welt in der Juvensität lebte, daß man der ewigen Wehrhaftigkeit und dem Unfrieden in Europa durch Abkehr von der Gewalt- und Vorkurspolitik nach dem Muster von Versailles ein Ende machen werde. In Cannes war es, wo die englische Delegation sogar einen schriftlichen Garantievertrag vorlegte, und wo Briand drauf und dran war, diesen Vertrag anzunehmen, als ihm plötzlich von Paris her ein Wein gestellt und Herr Poincaré an seinen Platz geschoben wurde. Poincaré ließ dann in Genoa Herrn Barthou eine Rolle spielen, die Lloyd George sehr als äußerst demütigend bezeichnet; eine Rolle, die dadurch bedingt war, daß, wie hier ausdrücklich gesagt wird, eine Großmacht diese Konferenz, von der das Wohl und Wehe Europas abhing, zum Scheitern bringen wollte. Böllig in Abereinstimmung mit den Kreisen in Deutschland, die sich durch sein heuchlerisches Gerede, aber auch durch seine Selbsttäuschungen über den wahren Stand der Dinge irren machen lassen, sieht Lloyd George den tiefsten Grund für diese Vorgänge in Frankreich in der „rheinhischen Richtung“ der französischen Politik, die keine anderen Ziele kennt und kennen will als die Annexion des deutschen Rheinlandes. Lloyd George sieht voraus, daß diese Richtung die vertragsmäßig festgesetzte *Reinigung* des besetzten Gebietes, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, verweigern wird, weil sie nicht zugeben will, daß für Frankreich irgendeine andere ausreichende Sicherung gegen Deutschland hin denkbar sei als die Vorkurs der Grenze bis an den Rhein. Diese Richtung rechnet fälschlicherweise mit der furchtbaren Tatsache, daß Millionen und aber Millionen von Männern deutschen Blutes, deutscher Abstammung, deutscher Gesinnung unter ein fremdes Joch zu beugen seien. Und er sagt voraus, daß ein Befreiungskrieg, furchtbarer als irgend ein anderer Krieg, den wir bisher erlebt haben, entbrennen werde, wenn die Franzosen nicht gehindert würden, an diesem Ziel noch fernerhin festzuhalten. Niemals werden die sechzig Millionen Deutsche, die es jetzt gibt, oder gar die hundert Millionen, die vielleicht in der nächsten Generation da sein werden, sich beruhigen, solange Millionen ihrer Brüder jenseits des Rheins unter frem-

dem Joch schmachten. Und es werde nur eine Frage der Zeit und der Umstände sein, daß der unvermeidliche Befreiungskrieg beginnt. Lloyd George sieht kein anderes Mittel, diese Katastrophe abzuwenden, als das Zusammenhalten Amerikas und Englands, die ebenso sehr jeden Nationalismus in Deutschland, wenn er sich erheben sollte, abzubrechen und niederhalten müßten, wie sie die Annexion deutscher Gebiete durch Frankreich zu verhindern hätten. Sie müßten erklären, daß, wenn der unvermeidliche Befreiungskrieg ausbräche, die beiden angelländischen Reiche mit ihren Sympathien offen auf der Seite derjenigen sein würden, die für nationale Freiheit kämpfen. Die Zeit sei gekommen, diese Dinge sehr zu sagen, und wenn sie nicht an hervorragender Stelle gesagt würden, werde die Menschlichkeit eines Tages diejenigen, die diese Stellen jetzt inne haben, zur Rechenschaft ziehen.

Deutscher kann ein gestürzter Machthaber an die politische Einsicht und an den politischen Mut seines Nachfolgers nicht appellieren, als Lloyd George es hier tut. Schon nennt man ihn darum in Frankreich einen Agenten Deutschlands, während er doch oft genug, in Versailles und andernwärts, bewiesen hat, wie leicht und wie leichtfertig er sich über deutsche Lebensinteressen hinwegzusetzen vermochte. Bonar Law wird diese warnende Stimme schwerlich so kurzerhand abtun. Wohin die französische Außenpolitik zielt, kann ihm ebenso wenig verborgen geblieben sein wie seinem Vorgänger, und es mag ihm in gewisser Hinsicht zutreffen kommen, daß dieser Herr Poincaré so bittere Wahrheiten ins Gesicht saut, wie sie ihm ein aktiver britischer Staatsmann im gegenwärtigen Augenblick kaum vorhalten kann. Fragt sich nur, ob der britische Ministerpräsident den Willen und die Macht hat, sich den verderbbringenden französischen Absichten in den Weg zu stellen. Daß er dabei die amerikanische Staatsleitung an seiner Seite finden würde, gilt vielen Kreisen in England schon als eine ausgemachte Sache. Es läme also darauf an, die Probe aufs Exempel zu machen — auch dann, wenn Herr Poincaré, wie anzunehmen ist, die aetranke Unzufriedenheit spielen will.

Beginn der Londoner Besprechung.

Der Kompromiß die „Pfünder“.

Die alliierten Ministerpräsidenten sind nunmehr in London zu den Vorbereitungen für die Brüsseler Konferenz zusammengekommen und man ist geneigt, dieser Aussprache fast eine größere Wichtigkeit beizumessen, als der wohl erst im Januar zu erwartenden Versammlung in der belgischen Hauptstadt. Poincaré jedenfalls betrachtet die Auseinandersetzungen der nächsten Tage offenbar als eine

Generalprobe auf seine Pfändertheorie.

Man erkennt allerseits an, daß die Frage eines an Deutschland zu gewährenden Moratoriums im Vordergrund stehen muß, aber Poincaré will ein solches nur zugestehen, wenn er dafür als „Pfand“ seine Hände auf die Bergwerke, Forsten und Industrieanlagen im Rheinland und womöglich auch im Ruhrgebiet legen kann. Darin widersprechen ihm aber die Engländer. Das Konferenzprogramm soll in erster Linie Maßnahmen der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Mark und dann die Auslegung einer Anleihe für Deutschland umfassen. In englischen Geschäftskreisen gibt man sich guten Hoffnungen hinsichtlich einer internationalen Anleihe hin, da die augenblickliche deutsche Regierung eine Regierung der Geschäftslente sei, die also alle diejenigen Kreise von Deutschland vertreten könne, die den Rest des deutschen Geldes besitzen. Dennoch wird natürlich auch in London der Ernst der Lage allgemein anerkannt. Aber man betont die Möglichkeit, sowohl für die Reparationsfrage, als auch für die Frage der interalliierten Schulden zu einem Einverständnis zu kommen. Viel bedeutsamer als die optimistische Auffassung in London lauten die Stimmen aus Paris. Dort wird betont, Poincaré werde sich an zwei Grundfälle halten: keine Herabsetzung der deutschen Schuld ohne entsprechende Herabsetzung der französischen Verpflichtungen. Kein Moratorium ohne produktive Pfänder, die Geld einbringen. Am meisten interessiert vieleicht

die Haltung Mussolinis.

Unter dem neuen Herrn Italiens ist so der frühere deutsch-freundliche Kurs völlig verändert worden. Von ihm erwartet man Überraschungen. Vorläufig hat er erklärt, Italien sei seit dem Kriege verarmt und nicht in der Lage, Geschenke zu machen. Er beabsichtige, in London einen italienischen Plan vorzulegen, der eine Lösung auf der Grundlage einer Verbindung von Reparationsfrage und dem Problem der internationalen Schulden vorseht.

Deutschland könne zahlen, und die Bürger anderer Länder sollten nicht aufgefordert werden, auf ihre Ansprüche zu verzichten. Im übrigen glaubt man, die Besprechungen würden länger als eine Woche dauern, wenn der Druck nicht schon in den ersten 24 Stunden eintritt. Auch Japan hat seine Zulassung zu den Besprechungen verlangt.

Ein deutscher Vorschlag.

Das Reuter-Bureau veröffentlicht eine Note über die Vorkläufe der deutschen Regierung zur Reparationsfrage. Darin hat man von den letzten Berliner Anregungen in London einen recht günstigen Eindruck. Man glaubt, daß diese Vorkläufe die Ausgabe einer inneren und äußeren Anleihe umfassen, letztere in Höhe von 1½ Milliarden Goldmark, deren größter Teil den Reparationszahlungen zuzurechnen soll.

Die Meinung der englischen Industrie.

Der Präsident der Vereinigung der britischen Industrie hatte eine Unterredung mit Bonar Law. Er schlug vor, die Forderungen Englands an die Alliierten nicht zu streichen, solange die Wiedergutmachungsfrage nicht geregelt sei. Die interalliierten Schulden seien es gerade, die England in den Stand setzten, einen großen Einfluß auf diese Regelung auszuüben. Ein Moratorium für Deutschland hält der Präsident für notwendig.

Die Hilfsbereitschaft Amerikas.

Eine Botschaft Hardings.

Präsident Harding hat eine Botschaft an den Kongress gerichtet, in der er sagt, die Welt befinde sich noch immer in einer großen Krise, und es sei keine bloße Redensart, wenn man sage, daß unsere Zivilisation jetzt auf die Probe gestellt werde. Wir verlangen von niemandem, daß er die Verantwortung für uns übernehme, und wir übernehmen selbst keine Verantwortung, die die anderen selbst tragen müssen. Denn andernfalls werden die Nationen hoffnungslos im Internationalismus versinken. Aber die außenpolitische Lage Amerikas urteilt Harding sehr optimistisch. Die Union sei noch

immer bereit, Europa zu helfen,

aber dies dürfe nicht zur Folge haben, daß die eigene Lage Amerikas dadurch verschlimmert werde. Der Krieg habe Amerika zu einer Gläubigeraktion gemacht. Wir haben nicht danach gestrebt, so schließt die Botschaft, einen übertriebenen Teil des Goldes der Welt zu haben; wir machen nicht danach, ein internationaler Diktator zu werden. Wir werden uns freuen, die Währungs-systeme wiederherzustellen, den Handel in jeder Beziehung zu erleichtern, aber nur so, daß wir nicht auf die Stufe derer herabsinken, die wir emporzubeben suchen.

Verdoppelung des Brotpreises?

Neue Preise für das Umlagegetreide.

Dieser Tage tritt die im Getreideumlagegesetz vorgesehene Zwanziger-Kommission zusammen, um für die nächsten zwei Drittel Getreideumlage selbstständig die Preise festzusetzen, ohne daß seine Beschlüsse der Genehmigung des Reichstages unterliegen. Reichsernährungsminister Dr. Luther wird dabei sein Programm entwickeln. Aus seinen Besprechungen mit den Vertretern der Fraktionen geht hervor, daß Dr. Luther auf dem Standpunkt steht, daß einerseits zwar eine gewisse Erhöhung des Getreidepreises notwendig sei, daß aber andererseits unbedingt das Interesse der Verbraucher gewahrt werden müsse. Wie verlautet, wird von den Landwirten eine drei- bis vierfache Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide gefordert. Das würde aber zur Folge haben, daß sofort der Brotpreis eine Steigerung um 100% erfahren würde, auch wenn diese Forderung nicht vollständig anerkannt wird.

Neue Sätze der Einkommensteuer.

Für 1922 und 1923.

Der Steueranschuß des Reichstages beschloß, die Einkommensteuersätze für 1922 wie folgt festzusetzen:

Für die ersten angefangenen oder vollen	300 000 M.	10 %
für die weiteren angefangenen oder vollen	300 000	15
„	400 000	20
„	500 000	25
„	600 000	30
„	800 000	35
„	1 000 000	40
„	1 000 000	45
„	1 500 000	50
„	1 500 000	55
für weitere Beträge	„	60